

Zwei Zugeständnisse HAUSHALT Vereine können Kostenerhöhung abwenden / Gewerbesteueranhebung in zwei Stufen

NEU-ANSPACH (bu). Nach über drei Stunden Beratung und Abstimmung, 26 Reden und Redebeiträgen sowie 15 Einzelabstimmungen hat das Stadtparlament von Neu-Anspach den Haushalt für 2017 verabschiedet. Da bei der SPD André Sommer und bei der B-NOW Klaus Golinski fehlten, erübrigte sich auch die Frage, ob das Haushalts-Dreierbündnis aus SPD, Linkspartei und B-NOW (18 Stimmen) gegenüber **CDU, FDP, FWG/UBN und Grünen (19)** eine Mehrheit der 37 Stimmen erreicht – mit dem ehemaligen CDU-Chef und jetzt parteilosen Andreas Moses als Zünglein an der Waage.

Bei den zuletzt strittigen Punkten Vereinsbeitrag und Gewerbesteuer gab es ohnehin ein gemischtes Abstimmungsverhalten (siehe Kasten).

Ulrike Bolz stellte eingangs vor gut 70 Zuhörern, darunter viele FC-Fußballer, die Empfehlungen des Hauptausschusses als Grundlage vor. „Freiwillig, aber wichtig“, bemerkte Reinhard Gemander für die CDU zur Stadtbücherei, die aus gemieteten Räumen in die stadteigenen Clubräume des Bürgerhauses ziehen soll. Die CDU wolle die Vereinsbeteiligung nur um 20 Euro statt um 30 Euro (Vorschlag Dreierbündnis) erhöhen, erwarte aber eine stärkere Eigenleistung. Bei der Gewerbesteuer werde eine gestaffelte Erhöhung mit 365 Punkten als Einstieg angestrebt, auch als Planungssicherheit für betroffene Firmen (Magistratsvorschlag: nur 357 Punkte; Dreierbündnis: 380 sofort)

Als „Peanuts“, die den Haushalt nicht retten, bezeichnete Dr. Jürgen Göbel die Vereinsbeiträge, weshalb auf eine Erhöhung verzichtet werden solle. „Durchaus gerecht“ sei es, das Gewerbe nach der Anhebung der Grundsteuer B für alle Bürger ebenfalls zu belasten. Weniger Geld vom Land benannte Regina Schirmer (Grüne) als eine der Ursachen für die Finanzmisere. Die Kitas Hausen und Westerfeld und die Zukunft der Gemeinschaftshäuser in Hausen und Rod am Berg müssten geprüft werden, um „die schwarze Null in drei Jahren zu schaffen“. **„Noch mangelhafte finanzpolitische Kompetenz“ bei der B-NOW, „Welpenschutz“ für die Linke, aber „unverantwortliches Handeln“ bei der SPD „trotz zwei namhaften Finanzpolitikern“ aber angesichts des Bürgermeisterwahlkampfes machte in ihrer scharfen Attacke Gudula Bohusch (FWG/UBN) aus. Das Nein zu den Windrädern habe Einnahmen verhindert, „heute ein ökonomisches und ökologisches Problem“.** Sie forderte, wie später auch die B-NOW, eine Nachhaltigkeitssatzung zur Stadtentwicklung aufzustellen.

Der Haushalt 2017 sei nur der Vorbote eines Unwetters, so Bernd Töpferwien (B-NOW) nach dem Blick auf Einzelposten. Die Politik müsse eine Sturmwarnung herausgeben und die entwickelten Zukunftsszenarien in einer Nachhaltigkeitssatzung festschreiben.

Weniger Geld vom Land und gleichzeitig die Schuldenbremse nannte Hermann Schaus (Linke) als Ursachen der Misere. Er sprach gegen höhere Vereinsbeiträge, aber für eine höhere Gewerbesteuer. Die Intervention der Firma Adam Hall sei „merkwürdig“ gewesen, zeige aber die Machtverhältnisse auf. Doch stehe auch das Gewerbe in der gesellschaftlichen Verantwortung. Als ein Zeichen beantragte er die Reduzierung von Fraktionsgeldern (siehe Kasten), wofür er Applaus von Zuhörern erhielt.

Der ehemalige CDU-Politiker, jetzt parteilose Abgeordnete und unabhängige Bürgermeisterkandidat Andreas Moses kritisierte, dass der Haushalt nicht vom Bürgermeister wie üblich im Parlament eingebracht worden ist. Der Etat enthalte sehr viele problematische Verschiebungen, so Moses, der gegen höhere Vereinsbeiträge, aber für eine „angemessen“ höhere Gewerbesteuer sprach.

In weiteren 18 Wortmeldungen wurden noch die Anträge sowie einzelne Aussagen konstruktiv und sachlich diskutiert, ehe Parlamentschef Holger Bellino zu den Abstimmungen rief.